

Presseinformation

Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 5/2016 (September/Oktober)

Die 71. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten September und Oktober hin. 2016 jährt sich zum 60. Mal der Ungarische Volksaufstand 1956. Aus diesem Grund setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf die Entwicklungen in Deutschland und Europa in jenem Krisenjahr des Kommunismus.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 14. September 2016.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Tilman Günther, Pressesprecher der Bundesstiftung Aufarbeitung, Fon: 030 31 98 95 225, E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de.

„Historischer Kalenderdienst“ 5/2016 (September/Oktober 2016)

Vor 70 Jahren

30.09.1946	Vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg werden die Urteile gegen Nazi- und Kriegsverbrecher gefällt. Elf Todesurteile werden verhängt.
20.10.1946	Landtagswahlen in der SBZ; die SED erhält in Berlin nur 20 Prozent.
22.10.1946	„Operation Osoawjachim“: NKWD und Sowjetarmee treiben tausende Wissenschaftler und Ingenieure aus der SBZ mit ihren Familien zusammen und transportieren sie in die Sowjetunion.

Vor 65 Jahren

05.09.1951	DDR-Justizminister Max Fechner verbietet die Bezeichnung „politische Häftlinge“, weil es „kriminelle Verbrecher“ seien.
17.09.1951	Rumänien: „Spione des Vatikans“-Schauprozess gegen Angehörige der katholischen Kirche endet mit hohen Freiheitsstrafen.
03.10.1951	19 Oberschüler aus Werdau, die gegen Wahlfälschungen protestiert hatten, werden zu langen Zuchthausstrafen verurteilt.
19.10.1951	Nach Großbritannien (9.7.) und Frankreich (12.7.) erklären auch die USA den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. Die Sowjetunion folgt am 25.1.1955.

Vor 60 Jahren

01.09.1956	Ungarn: Die Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP) verabschiedet eine Resolution gegen den „Personenkult“. Die Macht von Rákosis Nachfolger Ernő Gerő bleibt jedoch unangefochten.
27.09.1956	Polen: Die ersten Prozesse gegen Beteiligte am Posener Aufstand vom Juni 1956 beginnen. Die Urteile werden bereits im Oktober wieder aufgehoben.
28.09.1956	Sowjetunion: Die Regierung rehabilitiert im Zuge der Entstalinisierung alle ehemaligen Soldaten, die nach ihrer Rückkehr aus deutscher Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion erneut verurteilt worden waren.
01.10.1956	Auf zehn Theaterbühnen in der Bundesrepublik, in Dresden, in Zürich und in Wien wird das Stück „Das Tagebuch der Anne Frank“ uraufgeführt.
06.10.1956	Ungarn: Der frühere kommunistische Generalsekretär der Nationalen Volksfront László Rajk, der 1949 in einem Schauprozess wegen „Titoismus“ zum Tode verurteilt worden war, wird posthum rehabilitiert.
12.10.1956	Polen: Der kurz zuvor rehabilitierte und wieder in die PVAP aufgenommene Władysław Gomułka nimmt nach acht Jahren erstmals wieder an einer Sitzung des Politbüros teil.
13.10.1956	Ungarn: Der frühere Ministerpräsident Imre Nagy wird wieder in die Partei der Ungarischen Werktätigen aufgenommen. 1955 war er aus seinen Ämtern entlassen und aus der Partei ausgeschlossen worden.
18.10.1956	Polen: Der sowjetische Verteidigungsminister Georgi Schukow lässt die in Polen stationierten sowjetischen Truppen in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzen.
19.10.1956	Polen: Eine sowjetische Delegation mit Chruschtschow an der Spitze trifft in Warschau ein, um zu verhindern, dass die pro-sowjetischen Mitglieder, u. a. Marschall Rokossowski, aus dem Politbüro ausgeschlossen werden.
21.10.1956	Polen: Władysław Gomułka wird zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt. Die Stalinisten scheiden aus dem Politbüro aus.

22.10.1956	Ungarn: In der Technischen Universität Budapest versammeln sich mehrere Tausend Studenten und fordern den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn sowie eine neue Regierung unter der Führung von Imre Nagy.
23.10.1956	Ungarn: Der Volksaufstand gegen die kommunistische Regierung beginnt. Zehntausende Menschen fordern in Budapest demokratische Freiheiten und die Unabhängigkeit Ungarns. Als die Demonstranten zum Rundfunkhaus ziehen, werden sie von Sicherheitskräften beschossen. Noch in der Nacht weiten sich die Demonstrationen zum bewaffneten Aufstand aus.
24.10.1956	Ungarn: In der Nacht zum 24. Oktober berät die Parteiführung in Budapest eine Regierungsumbildung. Imre Nagy kehrt ins Politbüro zurück und wird zum Ministerpräsidenten ernannt.
26.10.1956	Ungarn: Der Aufstand in greift auf das ganze Land über und die ungarische Armee stellt sich hinter ihn.
28.10.1956	Ungarn: Imre Nagy versichert in einer Rundfunkansprache, die sowjetische Regierung sei bereit, ihre Truppen aus Ungarn abziehen. Die ungarische Sicherheitspolizei wird aufgelöst und das Kossuthwappen wieder zum ungarischen Nationalembem erklärt.
28.10.1956	Polen: Sowjetischer Marschall Rokossowski wird als Verteidigungsminister Polens und Armee-Oberbefehlshaber abgesetzt.
30.10.1956	Ungarn: Der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy verkündet die Abschaffung des Einparteiensystems.
31.10.1956	Ungarn: Die sowjetischen Truppen ziehen sich aus Budapest zurück.

Vor 55 Jahren

04.09.1961	Laut DDR-Volkspolizei sind in den ersten drei Wochen nach der Grenzabriegelung 6.041 Menschen wegen kritischer Äußerungen gegen den Mauerbau verhaftet worden.
05.09.1961	Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, macht den Bundesländern den Vorschlag, die Verbrechen der SED gemeinsam zu verfolgen. Daraus entstand die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter.
07.09.1961	Die „Hauptstadt der DDR“, Ost-Berlin, wird zum 15. Bezirk der DDR erklärt.
15.09.1961	Die Deutsche Grenzpolizei wird dem DDR-Verteidigungsministerium unterstellt und das Kommando der Grenztruppen geschaffen.
20.09.1961	Beginn der Zwangsräumung von Grenzhäusern in Ost-Berlin. Menschen sollen aus diesen Gebäuden nicht mehr in den Westen flüchten können.
03.10.1961	Beginn der Aktion „Festigung“, mit der tausende Menschen über Nacht aus dem Grenzgebiet zur Bundesrepublik zwangsausgesiedelt werden.
06.10.1961	DDR-Verteidigungsministerium erlässt Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze.
17.10.1961	Sowjetunion: In Moskau beginnt der XXII. Parteitag der KPdSU, auf dem die Abrechnung mit dem Stalinismus fortgesetzt wird. Am 30.10. wird beschlossen, Stalins Leichnam aus dem Lenin-Mausoleum in Moskau zu entfernen.
23.10.1961	Die im Todesstreifen an der Mauer gelegene Kirche der Ost-Berliner Versöhnungsgemeinde wird geschlossen.
27.10.1961	Sowjetische und amerikanische Panzer stehen sich an der Berliner Sektorengrenze am Checkpoint Charlie gegenüber.

Vor 45 Jahren

03.09.1971	Viermächte-Abkommen über Berlin unterzeichnet.
20.10.1971	Willy Brandt erhält den Friedensnobelpreis.

Vor 40 Jahren

23.09.1976	Polen: Erster Aufruf des polnischen Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) unterstützt verfolgte streikende Arbeiter.
------------	---

Vor 30 Jahren

02.09.1986	Die unabhängige „Umweltbibliothek“ wird in Ost-Berlin eröffnet.
02.09.1986	Tschechoslowakei: Schlag gegen unabhängige Künstler – Mitglieder der „Jazz-Sektion“ des Musikverbandes werden verhaftet, die von Regierung als Störfaktor unter Jugendlichen betrachtet wurde.
23.10.1986	Erklärung der Initiative für Frieden und Menschenrechte mit 118 polnischen, tschechischen und ungarischen Bürgerrechtlern für politische Demokratie, Pluralismus und friedliche Überwindung der Teilung Europas

Vor 25 Jahren

02.09.1991	Erster Mauerschützenprozess gegen vier ehemalige Grenzsoldaten wegen der Tötung von Chris Gueffroy an der Berliner Mauer beginnt.
06.09.1991	Die Sowjetunion erkennt die Unabhängigkeit Litauens, Estlands und Lettlands an.
06.09.1991	Sowjetunion: Leningrad wird in St. Petersburg zurückbenannt.
03.10.1991	Eröffnung des Grenz museums Schiffersgrund
04.10.1991	Tschechoslowakei: Parlament beschließt Lustrationsgesetz – frühere Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes dürfen bestimmte Funktionen nicht mehr ausüben.
07.10.1991	Deutsch-tschechoslowakischer Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag unterzeichnet.
17.10.1991	Bundestag billigt Grenz- und Nachbarschaftsvertrag mit Polen, der sich am Görlitzer Vertrag zwischen DDR und Polen von 1950 orientiert und die Oder-Neiße-Grenze fest schreibt.
28.10.1991	Bezirksgericht Dresden bekräftigt die Nichtigkeit der Urteile in den „Waldheimer Prozessen“ von 1950.